

**Amtliche Mitteilungen der
Universität Dortmund**

Nr. 9/79

6. Juli 1979

Vorläufige Diplomprüfungsordnung für die Diplomprüfung im Fach Informatik	S. 1
Promotionsordnung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften	S. 3
Vorläufige Promotionsordnung der Abteilung Maschinenbau	S. 23

Herausgegeben im Auftrag
des Rektors der Universität Dortmund

Vorläufige Diplomprüfungsordnung für die
Diplomprüfung im Fach Informatik

Der Senat der Universität Dortmund hat in seiner 165. Sitzung am 11. 1. 1979 beschlossen, § 3 Abs. 2 der Vorläufigen Diplomprüfungsordnung für die Diplomprüfung im Fach Informatik (Amtliche Mitteilungen Nr. 79 vom 5. 10. 1977), in der Fassung der Änderung der Vorläufigen Diplomprüfungsordnung der Abteilung Informatik (Amtliche Mitteilungen Nr. 9/78 vom 18. 8. 1978) zu ändern und § 8 Abs. 3 zu streichen mit der Folge, daß der bisherige Absatz 4 Absatz 3 der geänderten Fassung wird. Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hat diese Änderung mit Erlaß vom 15. 5. 1979 - Az.: I A 3.8145.21 - genehmigt.

§ 3 Abs. 2 erhält damit folgende Fassung:

"Die Diplomvorprüfung soll spätestens bis zum Ende des 5. Fachsemesters abgeschlossen werden."

§ 8 erhält damit folgende Fassung:

- 1) Durch die Diplomvorprüfung soll der Kandidat nachweisen, daß er sich die allgemeinen Fachgrundlagen angeeignet hat, die erforderlich sind, um das weitere Studium mit Erfolg zu betreiben.
- 2) Die Diplomvorprüfung besteht aus 4 Prüfungen: Sie wird bezüglich der nachfolgenden Ziffern 1 und 2 mündlich abgehalten; für die Form der Diplomvorprüfung im Nebenfach (Ziffer 3 s. Anlage).
 1. Zwei Prüfungen über 4 Vorlesungen der Informatik, und zwar über die zwei Grundvorlesungen (Rechnerstruktur und Programmierung) und zwei vom Bewerber gewählte Stammvorlesungen (§ 9 Abs. 1).

Jede der beiden Prüfungen umfaßt das Gebiet zweier Vorlesungen.

2. Eine Prüfung über Grundlagen der Mathematik.
 3. Eine Prüfung im Nebenfach. Das Nebenfach kann aus den Gebieten Mathematik, Physik, Elektrotechnik, Ingenieurwissenschaften, Wirtschaftswissenschaften, Statistik gewählt werden. Fächer aus anderen Gebieten können im Einzelfall auf begründeten Antrag durch die Abteilungsversammlung als Nebenfach zugelassen werden.
- 3) Jeder Prüfer soll in der Regel nur eine der vier Prüfungen nach 2) abnehmen.

Dortmund, den 18. Juni 1979

Der Rektor der
Universität Dortmund
-Prof. Dr. Velsinger-

Promotionsordnung der Abteilung
Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

Der Senat hat in seiner 166. Sitzung am 25. 1. 1979 die Promotionsordnung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften beschlossen.

Der Minister für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen hat diese mit einer Maßgabe mit Erlaß vom 15. 2. 1979 - Az.: I B 2 8101/051 - genehmigt.

Der Senat hat in seiner 170. Sitzung am 31. 5. 1979 beschlossen, der Maßgabe beizutreten.

Die Promotionsordnung wird hiermit bekannt gemacht.

Promotionsordnung der Universität Dortmund
für die Fachrichtung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften

G l i e d e r u n g

- § 1 Promotion
- § 2 Promotionsausschuß
- § 3 Voraussetzung zur Promotion
- § 4 Promotionsantrag
- § 5 Promotion ohne Betreuung
- § 6 Zulassung zur Promotion
- § 7 Betreuer
- § 8 Widerruf der Zulassung zur Promotion
- § 9 Vorzeitige Beendigung des Promotions-
verfahrens durch den Kandidaten
- § 10 Einreichung der Dissertation
- § 11 Gutachter
- § 12 Promotionskommission
- § 13 Disputation
- § 14 Feststellung der Promotionsleistung
- § 15 Veröffentlichung der Dissertation
- § 16 Vollzug der Promotion
- § 17 Ehrenpromotion
- § 18 Rechtsbehelf
- § 19 Aberkennung des Doktor-Grades
- § 20 Inkrafttreten

§ 1 Promotion

- (1) Die Universität Dortmund verleiht aufgrund einer Promotion in der Fachrichtung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften den Grad eines Doktor rerum politicarum (Dr. rer. pol.) nach Maßgabe dieser Promotionsordnung.
- (2) Für die Durchführung des Promotionsverfahrens ist die Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zuständig. Sie bildet dazu einen Promotionsausschuß (§ 2). Promotionsbewerber wenden sich an diesen Ausschuß.
- (3) Durch die Promotion wird eine besondere wissenschaftliche Qualifikation nachgewiesen.
- (4) Die Promotion erstreckt sich auf das Erstellen einer Dissertation und deren Disputation.
- (5) Die Dissertation muß eine wissenschaftlichen Ansprüchen genügende besondere Forschungsleistung darstellen.
- (6) Das Thema der Dissertation wird entweder von einem Bewerber selbst oder von einem Hochschullehrer, der zur Betreuung (§ 7) berechtigt ist, vorgeschlagen. Der Promotionsausschuß empfiehlt dem Bewerber, Hochschullehrer der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit denen er Auswahl und Abgrenzung des Themas beraten kann.
- (7) Durch die Disputation wird die Dissertation in wissenschaftlichem Gespräch mit der Promotionskommission (§ 12) erläutert und verteidigt.

§ 2 Promotionsausschuß

(1) Der Promotionsausschuß besteht aus:

- a) zwei Hochschullehrern der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- b) zwei wissenschaftlichen Mitarbeitern der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften von denen einer promoviert sein muß
- c) einem Studenten der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften mit abgeschlossenem Vorexamen.

(2) Dem Promotionsausschuß obliegen folgende Aufgaben

- a) Er entscheidet, ob die Voraussetzungen zur Promotion (§ 3) bei einem Bewerber erfüllt sind und macht ggf. entsprechende Auflagen.

Bei diesen Entscheidungen darf ein Student ohne abgeschlossenes Hochschulstudium nicht mitwirken.

- b) Er bearbeitet den Promotionsantrag des Bewerbers (§ 4).

Dabei obliegen ihm insbesondere:

- Bestellung von Betreuern (§ 7);
- Verhandlungen über Hilfsmittel und Arbeitsplatz (§ 4 Abs. (7)).

- c) Er betreibt das Promotionsverfahren des Doktoranden.

Dabei obliegen ihm insbesondere:

- Bildung der Promotionskommission (§ 12), insbesondere Bestellung der Gutachter (§ 11) und Anforderung und Weiterleitung der Gutachten;
- Organisation der Disputation (§ 13);
- ggf. Widerruf bzw. Zurücknahme der Zulassung zur Promotion (§ 8, § 9, § 10 (6));

- d) Er berichtet der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften regelmäßig über den Stand der Promotionsverfahren.

- e) Er achtet auf die Einhaltung dieser Promotionsordnung und macht aus den Erfahrungen der Promotionspraxis heraus ggf. Veränderungs- oder Verbesserungsvorschläge.

- (3) Bei Beschlüssen, die Entscheidungen über Prüfungsleistungen beinhalten, haben nur die Mitglieder Stimmrecht, die Hochschullehrer oder promovierte wissenschaftliche Mitarbeiter sind.
- (4) Bei Stimmgleichheit in Abstimmungsverfahren des Promotionsausschusses entscheidet der Vorsitzende.
- (5) Die Mitglieder des Promotionsausschusses werden von der Abteilungsversammlung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gewählt, und zwar die Hochschullehrer und wissenschaftlichen Mitarbeiter für die Dauer von zwei Jahren, der Student für die Dauer eines Jahres. Wiederwahl ist zulässig.
- (6) Für jedes Mitglied des Promotionsausschusses wählt die Abteilungsversammlung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften aus den Gruppen gemäß Abs. (1) einen Stellvertreter. Der Stellvertreter vertritt das Mitglied des Promotionsausschusses nur, falls dieses verhindert ist. Jeder Stellvertreter hat jedoch das Recht zur Information und zur Teilnahme an den Sitzungen des Promotionsausschusses.
- (7) Im Fall des Ausscheidens eines Mitgliedes des Promotionsausschusses wird auch dessen Stellvertreter neu gewählt. Ein Mitglied des Promotionsausschusses und sein Stellvertreter behalten im Falle des Rücktritts ihre Mitgliedschaft solange, bis ihre Nachfolger gewählt sind.
- (8) Die Abteilungsversammlung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften wählt den Vorsitzenden des Promotionsausschusses und dessen Stellvertreter aus dem Kreis der Mitglieder des Promotionsausschusses, die Hochschullehrer sind.

§ 3 Voraussetzungen zur Promotion

- (1) Voraussetzung zur Promotion ist ein mit qualifiziertem Ergebnis abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium der Wirtschafts- und/oder Sozialwissenschaften mit einer Mindeststudienzeit von 8 Semestern oder ein mit qualifiziertem Ergebnis abgeschlossenes Aufbau- oder Vertiefungsstudium der Wirtschafts- und/oder Sozialwissenschaften an einer wissenschaftlichen Hochschule, sofern Gleichwertigkeit besteht.
- (2) Ein mit qualifiziertem Ergebnis abgeschlossenes wissenschaftliches Hochschulstudium in einer anderen Fachrichtung mit einer Mindeststudienzeit von 8 Semestern gilt dann als Erfüllung der Voraussetzung zur Promotion, wenn der Bewerber dem Promotionsausschuß eine schwerpunktmäßige Beschäftigung mit Fragen der Wirtschafts- oder Sozialwissenschaften nachweist.
Für wissenschaftliche Mitarbeiter, die nicht die Voraussetzung des Abs. (1) erfüllen, gilt eine mindestens zweijährige Tätigkeit als wissenschaftlicher Mitarbeiter in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften - gerechnet bis zur Einreichung der Dissertation beim Promotionsausschuß - als schwerpunktmäßige Beschäftigung mit Fragen der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften.
- (3) Hat ein Bewerber seinen Studienabschluß nicht an einer Hochschule erworben, die in der Bundesrepublik Deutschland einschließlich West-Berlin liegt, muß er beim Promotionsausschuß einen Antrag auf Anerkennung der Gleichwertigkeit stellen. In Zweifelsfällen ist die Zentralstelle für Ausländisches Bildungswesen anzurufen.

§ 4 Promotionsantrag

- (1) Der Bewerber beantragt seine Zulassung zur Promotion unter Angabe eines Arbeitsthemas für die Dissertation schriftlich beim Promotionsausschuß. Das Thema soll so gewählt sein,

daß in der Regel zur Bearbeitung nicht mehr als zwei Jahre erforderlich sind. Auch empirische Arbeiten sollen in höchstens drei Jahren abgeschlossen sein können. Soll die Dissertation im Rahmen einer Gemeinschaftsarbeit mehrerer Doktoranden angefertigt werden, ist darauf besonders hinzuweisen.

- (2) In dem Antrag sind folgende Erklärungen abzugeben:
 - a) ob der Bewerber schon einmal ein Promotionsverfahren in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Dortmund beantragt hatte oder er sich in einem solchen Verfahren befand und das Verfahren entweder abgeschlossen oder abgebrochen wurde;
 - b) ob der Bewerber schon an anderer Stelle eine Promotionszusage oder -zulassung erhalten hat oder sich in einem Promotionsverfahren befindet oder ob er ein solches Verfahren abgebrochen oder abgeschlossen hatte (im letzteren Falle ist anzugeben, welcher Promotionserfolg erzielt wurde).
- (3) Der Bewerber kann in seinem Antrag Vorschläge für die Betreuer (§ 7) seiner Dissertation machen.
- (4) Dem Antrag sind beizufügen:
 - a) das Reifezeugnis oder sonstige Hochschulzugangsberechtigung des Bewerbers,
 - b) das Abschlußzeugnis über die Hochschulausbildung (in der Regel Zeugnis über das Diplom-Hauptexamen, das Magister-Examen oder das Staatsexamen) des Bewerbers,
 - c) ein Lebenslauf, der insbesondere den wissenschaftlichen Bildungsgang aufzeigt.
- (5) Benötigt der Bewerber zur Erstellung seiner Dissertation personelle oder sächliche Mittel oder einen Arbeitsplatz von der Abteilung, muß er dem Promotionsantrag einen Antrag auf Bereitstellung mit Begründung und Terminplan beifügen. Die benötigten Mittel müssen möglichst genau aufgeführt sein.

- (6) Nach Eingang des Promotionsantrages des Bewerbers beim Promotionsausschuß prüft dieser unverzüglich,
 - ob die Voraussetzung zur Promotion nach § 3 Abs. (1) oder Abs. (2) erfüllt ist und
 - ob der Promotionsantrag entsprechend den vorstehenden Absätzen (1) bis (5) vollständig ist.

- (7) Hat der Bewerber einen Antrag auf Bereitstellung von Mitteln oder eines Arbeitsplatzes durch die Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften gestellt (Abs. (5)), legt der Promotionsausschuß diesen Antrag mit einer Stellungnahme versehen unverzüglich der Abteilungsversammlung der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Entscheidung vor.

§ 5 Promotion ohne Betreuung

Der Bewerber kann abweichend von § 4 mit der Antragstellung auf Zulassung zur Promotion eine bereits fertige Dissertation vorlegen, die er ohne Betreuung erstellt hat. Im Promotionsantrag ist ggf. anzugeben, auf wessen Anregung, unter Benutzung welcher Einrichtungen und mit Hilfe welcher Institutionen die Dissertation angefertigt wurde.

§ 6 Zulassung zur Promotion

- (1) Der Promotionsausschuß teilt dem Bewerber die Annahme oder Ablehnung des Promotionsantrages in einem schriftlichen Bescheid mit. Bei der Annahme werden ggf. die bestellten Betreuer und die bewilligten Mittel genannt. Ein ablehnender Bescheid bedarf einer Angabe der Gründe.

- (2) Der Promotionsausschuß muß die Zulassung zur Promotion ablehnen, wenn der Bewerber innerhalb der vom Promotionsaus-

schuß angemessenen festgesetzten Fristen nicht die angeforderten Unterlagen beibringt oder notwendigen Voraussetzungen für die Promotion (§ 3) nachweist.

- (3) Bei der Antragstellung gemäß § 4 muß der Promotionsausschuß die Zulassung zur Promotion ablehnen, wenn keine ausreichende fachlich kompetente Betreuung der Dissertation (§ 7) gesichert ist.

Er kann die Zulassung ablehnen, wenn die Abteilungsversammlung die vom Bewerber beantragten Mittel nicht bewilligt und diese unabdingbare Voraussetzung für die Erstellung der Dissertation sind.

- (4) Der Promotionsausschuß muß die Zulassung zur Promotion gemäß § 5 ablehnen, wenn nicht die für das Dissertationsthema erforderliche Anzahl fachlich kompetenter Gutachter (§ 11) gefunden wird.

- (5) Die Zulassung für wissenschaftliche Mitarbeiter der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften für die die Voraussetzung zur Promotion gemäß § 3 Abs. (2) Satz 2 gilt, ist solange als vorläufig auszusprechen, bis die Frist von zwei Tätigkeitsjahren erfüllt ist.

§ 7 Betreuer

- (1) Hat der Bewerber mit seinem Promotionsantrag noch keine Dissertation eingereicht, bestellt der Promotionsausschuß einen Hochschullehrer der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der für das Dissertationsthema fachlich kompetent ist, zum Betreuer der Promotion. Im Einvernehmen mit dem Bewerber kann die Zahl der Betreuer auf zwei erhöht werden. Auch der zweite Betreuer muß Hochschullehrer sein.
- (2) Bei der Bestellung der Betreuer ist den Vorschlägen des Bewerbers nach Möglichkeit zu folgen. Die Bestellung von Be-

treuern, die nicht der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angehören, kann nur im Einvernehmen mit dem Bewerber erfolgen. Wurde das Dissertationsthema von einem Hochschullehrer der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften vorgeschlagen, so ist dieser in der Regel auch für die Betreuung verantwortlich.

- (3) Die Betreuung erstreckt sich in der Regel auf die fachliche und methodische Beratung des Doktoranden. Sie schließt die regelmäßige Überprüfung des Fortgangs der Arbeit und ggfs. der Verwendung der von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur Verfügung gestellten Mittel ein (siehe § 4 Abs. (5) und Abs. (7)).
- (4) Bei Unstimmigkeiten zwischen Betreuern und dem Doktoranden ist der Promotionsausschuß zuständig. Er kann auf Antrag des Doktoranden oder der Betreuer Änderungen im Betreuungsverhältnis vornehmen.

§ 8 Widerruf der Zulassung zur Promotion

- (1) Der Promotionsausschuß kann die Zulassung zur Promotion im Einvernehmen mit den Betreuern widerrufen, wenn sich der Doktorand nicht im erforderlichen und zumutbaren Maß um die Fertigstellung seiner Dissertation bemüht. Dabei sind die Fristen in § 4 Abs. (1) zu beachten.
- (2) Stellt sich im Laufe des Promotionsverfahrens heraus, daß die bereitgestellten Mittel nicht ausreichen, und hat der Doktorand dieses zu vertreten, kann der Promotionsausschuß im Einvernehmen mit den Betreuern die Zulassung zur Promotion widerrufen, wenn zusätzliche Mittel unabdingbare Voraussetzung für eine Fertigstellung der Dissertation sind, und diese Mittel weder von der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften noch auf anderem Wege zur Verfügung gestellt werden können.

- (3) Der Promotionsausschuß kann in den Fällen der Abs. (1) und (2) die Möglichkeit einer erneuten Antragstellung auf Zulassung zur Promotion in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität Dortmund ausschließen. Dies gilt auch für den Fall, daß der Doktorand das Promotionsverfahren ohne wichtige Gründe abbricht.
- (4) Bescheide des Promotionsausschusses auf Widerruf der Zulassung zur Promotion sind schriftlich unter Angabe der Gründe zu erteilen.

§ 9 Vorzeitige Beendigung des Promotionsverfahrens durch den Kandidaten

- (1) Eine Zurücknahme der Zulassung zur Promotion durch den Promotionsausschuß aufgrund eines schriftlichen Antrages des Doktoranden ist nur zulässig, solange nicht die Disputation (§ 13) anberaumt ist. § 8 Abs. 3 gilt entsprechend. Die Zurücknahme der Zulassung ist vom Promotionsausschuß schriftlich mitzuteilen.

§ 10 Einreichung der Dissertation

- (1) Die Dissertation ist beim Promotionsausschuß einzureichen. Dieser gibt sie, falls die Anforderungen aus den nachfolgenden Absätzen (2) bis (5) erfüllt sind, unverzüglich an die Gutachter (§ 11) weiter.
- (2) Die Dissertation muß eine selbständige Leistung des Doktoranden darstellen. Der Doktorand hat seiner Dissertation die Versicherung beizufügen, daß er dieselbe selbständig verfaßt und sich anderer als der angegebenen Hilfsmittel nicht bedient hat. Ist die Dissertation eine gemeinschaftliche Arbeit mehrerer Doktoranden, muß der individuelle Beitrag jedes Doktoranden klar erkennbar und bewertbar sein.

- (3) Die vorgelegte Dissertation kann vorher ganz oder teilweise veröffentlicht sein.
- (4) Die Dissertation darf nicht bereits früher mit ihren wesentlichen Teilen Gegenstand eines erfolgreich abgeschlossenen Promotions- oder sonstigen Prüfungsverfahrens gewesen sein.
- (5) Die Dissertation ist in der Regel in deutscher Sprache abzufassen. Der Promotionsausschuß kann dem Doktoranden gestatten in einer anderen Sprache geschriebene Dissertation vorzulegen.
- (6) Falls wenigstens eine der Anforderungen der Absätze (2) bis (5) nicht erfüllt ist, muß der Promotionsausschuß die Dissertation an den Doktoranden zurückverweisen. Wird der Mangel nicht innerhalb einer angemessenen, vom Promotionsausschuß festzulegenden Frist behoben, muß der Promotionsausschuß die Zulassung zur Promotion widerrufen.

§ 11 Gutachter

- (1) Nach Einreichung der Dissertation bestellt der Promotionsausschuß zwei Gutachter, von denen einer aus dem Kreis der Betreuer kommen soll, der andere nicht Betreuer gewesen sein darf.
- (2) Während des Promotionsverfahrens bis zur Einreichung der Dissertation kann der Doktorand Vorschläge für die Gutachter machen. Wenigstens einer der beiden Gutachter ist nach Möglichkeit entsprechend dem Vorschlag des Doktoranden zu benennen.
- (3) Gutachter müssen Hochschullehrer gem. § 6 Hochschulgesetz sein. Wenigstens ein Gutachter muß der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angehören. Ein Gutachter, der nicht dieser Abteilung angehört, hat im Promotionsverfahren die Rechte eines Abteilungsmitgliedes.

- (4) Die Gutachter erstellen unabhängig voneinander Gutachten zu der Dissertation. In den Gutachten schlagen sie aufgrund von begründeten Aussagen über die Qualität der Dissertation deren Annahme oder Ablehnung vor. Falls sie die Annahme vorschlagen, nehmen sie auch eine vorläufige Beurteilung der Dissertation vor.
- (5) Der Promotionsausschuß trägt dafür Sorge, daß die Gutachten spätestens drei Monate nach Aushändigung der Dissertation an die Gutachter beim Promotionsausschuß vorliegen.
- (6) Die Gutachter können dem Doktoranden Änderungen seiner Dissertation vorschlagen. Will der Doktorand die Änderungsvorschläge berücksichtigen, kann der Promotionsausschuß die Frist zur Abgabe der Gutachten entsprechend - jedoch höchstens um drei weitere Monate verlängern.
- (7) Der Promotionsausschuß reicht die Gutachten unverzüglich an die Promotionskommission (§ 12) und an den Doktoranden weiter.
- (8) Nach Eingang der Gutachten legt der Promotionsausschuß für mindestens 10 Tage bis zwei Wochen vor Beginn der Disputation ein Exemplar der Dissertation in der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften zur öffentlichen Einsichtnahme für die in Forschung und Lehre tätigen Angehörigen der Universität Dortmund aus. Erfolgt während der Auslagezeit ein begründeter Einspruch, so ist er vom Promotionsausschuß unter Anhörung des Doktoranden und der Betreuer zu behandeln.

§ 12 Promotionskommission

- (1) Der Promotionsausschuß bestellt die Promotionskommission rechtzeitig vor dem Eingang der Gutachten und benennt ihren Vorsitzenden. Bei der Wahl der Mitglieder der Promotionskommission darf ein studentisches Mitglied ohne abgeschlossenes Hochschulstudium nicht mitstimmen. Bis auf ein Mitglied muß

die Promotionskommission aus Hochschullehrern gem. § 6 Hochschulgesetz bestehen.

- (2) Die Promotionskommission besteht aus den beiden Gutachtern (§ 11) und in der Regel einem weiteren Prüfer. Dieser ist entweder Hochschullehrer oder promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter.

Der Promotionsausschuß kann einen zweiten weiteren Prüfer bestellen, sofern es das Sachgebiet erfordert, dem die Dissertation entstammt, oder falls zwei Betreuer bestellt waren. Beide weiteren Prüfer sind entweder Hochschullehrer oder es ist ein weiterer Prüfer Hochschullehrer und der andere promovierter wissenschaftlicher Mitarbeiter.

- (3) Mindestens die Hälfte der Mitglieder der Promotionskommission müssen der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften angehören. Der Doktorand hat ein Vorschlagsrecht für die weiteren Prüfer. Diese sind nach pflichtgemäßem Ermessen auszuwählen, wobei den Vorschlägen des Bewerbers nach Möglichkeit gefolgt werden soll. Dabei dürfen die Betreuer nicht mehr als die Hälfte der Mitglieder der Promotionskommission ausmachen.
- (4) Der Vorsitzende der Promotionskommission ist aus dem Kreis der Kommissionsmitglieder zu bestimmen, die Hochschullehrer der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften sind.
- (5) Die Promotionskommission soll ihre Entscheidungen einvernehmlich treffen. Kann in Ausnahmefällen kein Einvernehmen erzielt werden, führt sie eine Entscheidung durch Mehrheitsbeschluß herbei. Die Promotionskommission ist nur beschlußfähig, wenn alle Mitglieder anwesend sind. Bei Stimmengleichheit entscheidet der Vorsitzende.
- (6) Aufgaben der Promotionskommission sind insbesondere:
- a) Disputation mit dem Doktoranden (§ 13)
 - b) Feststellung der Promotionsleistung des Doktoranden (§ 14)
 - c) ggf. Erteilen von Auflagen für die zur Veröffentlichung bestimmte Form der Dissertation.

§ 13 Disputation

- (1) Frühestens einen Monat und spätestens drei Monate nach Abgabe der Gutachten findet auf Einladung des Promotionsausschusses die Disputation der Mitglieder der Promotionskommission mit dem Doktoranden statt. Im Rahmen der Disputation haben nur die Mitglieder der Promotionskommission das Fragerecht.
- (2) Erscheint der Doktorand ohne wichtigen Grund nicht zur Disputation, gilt seine Promotion als abgelehnt.
- (3) Die Disputation wird vom Vorsitzenden der Promotionskommission geleitet. Über den Verlauf der Disputation ist ein Protokoll anzufertigen.
- (4) Die Disputation beginnt mit einem Kurzreferat des Doktoranden über die Dissertation.
- (5) Die Disputation erstreckt sich über die Erläuterung und Verteidigung der Dissertation hinaus auch auf sachliche und methodische Probleme, die mit der Dissertation in Zusammenhang stehen. Die Gutachten sollen in die Disputation mit einbezogen werden.
- (6) Für die Anwesenheit von Studenten bei der Disputation gilt § 20 Abs. 6 Hochschulgesetz. Der Promotionsausschuß ist berechtigt, der Disputation beizuwohnen.

§ 14 Feststellung der Promotionsleistung

- (1) Unmittelbar im Anschluß an die Disputation entscheidet die Promotionskommission auf der Grundlage der Dissertation, der Gutachten und der Leistungen in der Disputation, ob
 - a) der Doktorand zu promovieren ist oder
 - b) der Doktorand die Disputation wiederholen muß oder
 - c) die Promotion abgelehnt wird.

Nach der ersten Disputation ist eine Ablehnung der Promotion nicht möglich, wenn sich vorher beide Gutachter in ihren Gutachten für eine Annahme der Dissertation ausgesprochen hatten.

- (2) Entscheidet die Promotionskommission, daß der Doktorand zu promovieren ist, legt sie gleichzeitig auch ein Prädikat für die Promotion fest. Dieses lautet "sehr gut" oder "gut" oder "genügend". Bei ungewöhnlich hohen wissenschaftlichen Leistungen kann das Prädikat "ausgezeichnet" erteilt werden.
- (3) Der Vorsitzende der Promotionskommission teilt dem Doktoranden in Gegenwart der übrigen Kommissionsmitglieder sofort die Entscheidung der Promotionskommission mit. Falls diese auf Wiederholung der Disputation oder Ablehnung der Promotion lautet, ist die Entscheidung dem Doktoranden unter Angabe der Gründe unverzüglich noch einmal schriftlich mitzuteilen.
- (4) Falls auf Wiederholung der Disputation entschieden wurde, be-
raumt der Promotionsausschuß eine erneute Disputation an, die
frühestens drei Monate, längstens sechs Monate nach der ersten
Disputation stattfinden soll. Eine zweite Wiederholung der Dis-
putation ist nur bei Vorliegen besonderer Umstände möglich.
Der Doktorand kann verlangen, daß bei einer Wiederholung ein
zusätzlicher Prüfer in die Promotionskommission aufgenommen
wird. Der Promotionsausschuß soll bei der Auswahl des Prü-
fers dem Vorschlag des Doktoranden folgen.
- (5) Hat die Promotionskommission die Promotion endgültig abge-
lehnt, ist das Promotionsverfahren damit erfolglos beendet.
Der Promotionsausschuß kann einen Antrag auf ein erneutes
Promotionsverfahren zulassen.

§ 15 Veröffentlichung der Dissertation

- (1) Hat die Promotionskommission den Doktoranden promoviert,
ist dieser verpflichtet, seine Dissertation in angemessener Wei-
se der wissenschaftlichen Öffentlichkeit durch Vervielfältigung
und Verbreitung zugänglich zu machen. Das für die Veröffent-

lichung vorgesehene Manuskript ist dem Vorsitzenden des Promotionsausschusses vorzulegen. Dieser prüft gegebenenfalls, ob die von der Promotionskommission erteilten Auflagen (§ 12 Abs. (6) c)) erfüllt sind.

- (2) In angemessener Weise der wissenschaftlichen Öffentlichkeit zugänglich gemacht ist die Dissertation dann, wenn der Verfasser neben dem für die Prüfungsakten der Abteilung erforderlichen Exemplar unentgeltlich an die Universitätsbibliothek abliefern:

- entweder a) 150 Exemplare in Buch- oder Fotodruck zum Zweck der Verbreitung
oder b) 3 Exemplare, wenn die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift erfolgt
oder c) 3 Exemplare, wenn ein gewerblicher Verleger die Verbreitung über den Buchhandel übernimmt und eine Mindestauflage von 150 Exemplaren nachgewiesen wird
oder d) 3 Exemplare in kopierfähiger Maschinschrift zusammen mit der Mutterkopie und 150 weiteren Kopien in Form von Mikrofiches.
Die Herstellung weiterer Kopien bedarf der ausdrücklichen Zustimmung des Verfassers.

Außerdem hat der Verfasser - unabhängig davon, welches der Veröffentlichungsverfahren a) bis d) gewählt wird, - eine vom ersten Gutachter genehmigte Zusammenfassung (Abstract) seiner Dissertation im Umfang von nicht mehr als einer Seite für die Zwecke einer Veröffentlichung an die Universitätsbibliothek abzuliefern.

Wird eine Dissertation von einem gewerblichen Verleger vertrieben und wird dafür ein Druckkostenzuschuß aus öffentlichen Mitteln gewährt, ist eine angemessene Anzahl von Exemplaren der Universitätsbibliothek für Tauschzwecke zur Verfügung zu stellen.

- (3) Für die Veröffentlichung in einer wissenschaftlichen Zeitschrift ist eine gekürzte Fassung zulässig. Gegebenenfalls kann die Veröffentlichung auch gemeinsam mit anderen an der übergreifenden Forschungsarbeit beteiligten Wissenschaftlern erfolgen.

Die gekürzte Fassung bedarf der Genehmigung durch den Vorsitzenden der Promotionskommission.

§ 16 Vollzug der Promotion

- (1) Wenn alle Promotionsleistungen, einschließlich der Übergabe der Exemplare und der Zusammenfassung gemäß § 15 Abs. (2), erbracht sind, wird eine Promotionsurkunde auf den Tag der Disputation ausgestellt. Ist die Dissertation Teil einer Gemeinschaftsarbeit, so muß dies aus der Urkunde ersichtlich sein.
- (2) Soll die Dissertation in einer Zeitschrift oder innerhalb einer wissenschaftlichen Reihe erscheinen, so kann der Vorsitzende des Promotionsausschusses auf Antrag des Doktoranden die Promotionsleistung als erfüllt erklären, wenn Herausgeber bzw. Verlag die Annahme des vom Vorsitzenden der Promotionskommission für druckfertig erklärten Manuskripts durch einen rechtskräftigen Vertrag bescheinigen.
- (3) Nach Aushändigung der Promotionsurkunde hat der Doktorand das Recht zum Führen des Dokortitels.

§ 17 Ehrenpromotion

- (1) Der Doktorgrad darf ehrenhalber nur für außerordentliche wissenschaftliche Leistungen verliehen werden.
- (2) Mitgliedern der Universität kann der Doktorgrad nicht ehrenhalber verliehen werden, und Wissenschaftlern, die bis vor wenigen Jahren Mitglied der Universität Dortmund waren, soll er nicht ehrenhalber verliehen werden.
- (3) Für die Verleihung des Doktorgrades ehrenhalber sind in der Abteilungsversammlung die Stimmen von mindestens vier Fünftel der stimmberechtigten Mitglieder erforderlich.
- (4) Die Verleihung des Doktorgrades ehrenhalber bedarf in jedem Einzelfall der Beratung durch den Senat.

§ 18 Rechtsbehelf

- (1) Schriftliche Bescheide sind mit einer Rechtsbehelfsbelehrung zu versehen.
- (2) Gegen alle Entscheidungen des Promotionsausschusses oder der Promotionskommission oder einzelner Prüfer kann der Doktorand entsprechend den Vorschriften der Verwaltungsgerichtsordnung Widerspruch beim Promotionsausschuß einlegen.

§ 19 Aberkennung des Doktor-Grades

Die Aberkennung des Doktor-Grades richtet sich nach den gesetzlichen Bestimmungen.

§ 20 Inkrafttreten

Die Promotionsordnung tritt nach der Genehmigung des Ministers für Wissenschaft und Forschung des Landes Nordrhein-Westfalen am Tage nach der Veröffentlichung in den "Amtlichen Mitteilungen der Universität Dortmund" in Kraft.

Dortmund, den 25. Juni

Der Rektor
der Universität Dortmund
Prof. Dr. P. Velsinger



Die
UNIVERSITÄT DORTMUND

verleiht

(Name)

geboren am

den Grad eines
DOCTOR RERUM POLITICARUM
(Dr.rer.pol.)

nachdem in einem ordnungsgemäßen Promotionsverfahren
an der Abteilung Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
durch die Dissertation

(Thema)

sowie durch die Disputation die wissenschaftliche Befähigung
erwiesen und das Prädikat

festgelegt wurde.

Dortmund, den
(Tag der Disputation)

Der Rektor

(Siegel der Universität)

Der Dekan

Vorläufige Promotionsordnung der Abteilung Maschinenbau

Der Senat der Universität Dortmund hat in seiner 168. Senats-
sitzung am 26. 4. 1979 die weitere Anwendung der Promotions-
ordnung der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule
Aachen in der Fassung vom 12. 5. 1979 (ABL. KM Seite 316) auf
Promotionen in der Abteilung Maschinenbau der Universität
Dortmund um 1 Jahr bis zum Ablauf des Sommersemesters 1980
beschlossen.

Dies hat der Minister für Wissenschaft und Forschung des
Landes Nordrhein-Westfalen mit Erlaß vom 7. Juni 1979
- I B 2 8101/051 - genehmigt.

Dortmund, den 25. Juni 1979

Der Rektor
der Universität Dortmund
Prof. Dr. P. Velsinger